



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 31. Sitzung des Stadtrates (SR/031/2021)

am Donnerstag, 25. November 2021,

16:00 Uhr

**in der Messe Dresden, Halle 3 ,
Messering 6, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Dirk Hilbert

Beigeordnete

Jan Donhauser

Stephan Kühn

Dr. Peter Lames

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kati Bischoffberger

Ulrike Caspary

Christiane Filius-Jehne

Susanne Krause

Nils Kröber

Thomas Löser

Andrea Mühle

Dr. Anja Osiander

Agnes Scharnetzky

Tanja Schewe

Torsten Schulze

Tina Siebeneicher

CDU-Fraktion

Heike Ahnert

Veit Böhm

Dr. Hans-Joachim Brauns

Matthias Dietze

Ingo Flemming

Mirko Göhler

Manuela Graul

Steffen Kaden

Peter Krüger

Petra Nikolov

Mario Schmidt

Anke Wagner

Daniela Walter

Silvana Wendt

Fraktion Alternative für Deutschland

Wolf Hagen Braun

Falk Breuer

Harald Gilke

Dipl.-Ing. Thomas Ladzinski
Bernd Lommel
Monika Marschner
Heiko Müller
Christian Pinkert
Matthias Rentzsch
Dr. Silke Schöps
Uwe Vetterlein
Alexander Wiedemann

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel
Pia Barkow
Christopher Colditz
Dr. Margot Gaitzsch
Magnus Hecht
Anne Holowenko
Tilo Kießling
Leo Lentz
Jens Matthis
André Schollbach
Tilo Wirtz

SPD-Fraktion

Vincent Drews
Stefan Engel
Richard Kaniewski
Kristin Sturm
Dr. Viola Vogel

FDP-Fraktion

Christoph Blödner
Franz-Josef Fischer
Holger Hase
Robert Malorny
Holger Zastrow

Dissidenten-Fraktion

Maximilian Aschenbach
Johannes Lichdi
Michael Schmelich
Dr. Martin Schulte-Wissermann

Fraktion Freie Wähler Dresden

Susanne Dagen
Jens Genschmar
Frank Hannig
Torsten Nitzsche

Verwaltungsmitarbeiter

Till Käbsch

Abwesend:

Beigeordnete

Eva Jähnigen

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Annekatriin Klepsch

Detlef Sittel

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Wolfgang Deppe

Fraktion DIE LINKE.

Katharina Hanser

SPD-Fraktion

Dana Frohwieser

Schriftführer/-in:

Frau Hoppe

Frau Ulbrich

Frau Vetter

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|-------------|---|----------------------------------|
| 1 | Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse | |
| 2 | Bericht des Oberbürgermeisters | |
| 3 | 5. Einwohnerfragestunde | |
| 4 | Umbesetzung im Aufsichtsrat der Kommunale Immobilien Dresden GmbH & Co. KG | A0275/21
beschließend |
| 5 | Umbesetzung Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten) | |
| 6 | Tagesordnungspunkte ohne Debatte | |
| 7 | Fortsetzung der Maßnahmen zur Belebung der Innenstadt im Rahmen der Sondernutzungssatzungen
Antrag gem. § 36 Absatz 5 Satz 1 SächsGemO | A0269/21
beschließend |
| 8 | Fahrpreiserhöhung stoppen!

Antrag gem. § 36 Absatz 5 Satz 1 SächsGemO
DB OB - 09.11.21 | A0279/21
beschließend |
| 9 | Fahrradstraße am Kleinzschachwitzer Ufer

Antrag gem. § 36 Absatz 5 Satz 1 SächsGemO | A0266/21
beschließend |
| 10 | Vertragungen der Stadtratssitzung vom 14.10.2021 | |
| 10.1 | Coronavirus weiter eindämmen – Niedriginzidenz-Strategie für Dresden
GKH - 10.11.21 | A0242/21
beschließend |
| 10.2 | Wohngeldantrag digital einreichen | A0248/21
beschließend |
| 10.3 | Albertpark als Ort des Waldnaturschutzes, der Naturbildung und naturnahen Erholung weiterentwickeln | A0177/21
beschließend |
| 11 | Annahme und Weiterleitung von eingegangenen Spenden für die Betroffenen der Unwetterkatastrophe im Juli 2021 | V1151/21
beschließend |
| 12 | Wesentliche Änderung der TechnologieZentrum Dresden GmbH | V1152/21 |

		beschließend
13	Änderung des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Sportstätten Dresden für das Wirtschaftsjahr 2022	V1155/21 beschließend
14	Schulartänderung der 151. Oberschule in die Schulart Gemeinschaftsschule sowie Schulartänderung der Universitätsgrundschule und der Universitätsoberschule in die Schulart Gemeinschaftsschule	V1113/21 beschließend
15	Änderung Mietvertrag zwischen der Dresdner Philharmonie und der Kommunalen Immobilien Dresden GmbH & Co. KG	V1079/21 beschließend
16	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 6039 - Dresden-Prohlis, Drive In – Baumarkt Hornbach	V0991/21 beschließend
	hier:	
	1. Abwägungsbeschluss	
	2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 a Abs. 1 BauGB zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan	
17	Eine neue Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden	A0262/21 beschließend
18	Anhörung zum Antrag A0234/21 „Modellprojekt zur legalen Abgabe von Cannabis“	A0274/21 beschließend
19	E-Petition/Petition "Dresden soll sicherer Hafen werden!"	P0091/21 beschließend
nicht öffentlich		
20	Besetzung der Stelle "Stadtbezirksamtsleiter (m/w/d)" der Stadtbezirksämter Plauen und Cotta	V1150/21 beschließend
21	Besetzung der Stelle "Stadtbezirksamtsleiter (m/w/d)" der Stadtbezirksämter Klotzsche und Pieschen	V1148/21 beschließend

öffentlich

Herr Oberbürgermeister Hilbert eröffnet die 31. Sitzung des Stadtrates. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgemäße Ladung fest. Er weist darauf hin, dass gemäß § 6 Abs. 2 Sächsische Corona-Notfallverordnung nur zwingend notwendige Gremiensitzungen stattfinden dürfen. Für diese Sitzungen bestehe die Pflicht zur Vorlage eines 3G Nachweises, welcher für die heutige Sitzung im Eingangsbereich vorgezeigt werden musste. Es werden nur zwingend notwendige Tagesordnungspunkte, wenn möglich ohne Debatte behandelt. Des Weiteren informiert er, dass im Sitzungssaal als auch in allen Räumen des Messegeländes das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes verpflichtend sei. Bei Redebeiträgen könne dieser abgesetzt werden.

Ohne Debatte werden im öffentlichen Teil der Sitzung die TOPs 11, 12, 13, 15 und der TOP 21 im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt. Die Tagesordnungspunkte 2, 3, 10.2, 10.3, 13, 16, 17, 18 und 19 werden von der heutigen Tagesordnung genommen.

Herr Oberbürgermeister Hilbert stellt zur Abstimmung, dass man den TOP 10.1 in der kommenden Woche in einer öffentlich beschließenden Sondersitzung des Ausschusses für Gesundheit (EB Städtisches Klinikum) berate. Bis dahin könne die Verwaltung mitteilen, welche Punkte der Ersetzungsanträge in die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters fallen.

Zum Eilantrag A0292/21 „Städtebauförderung 2022 rechtzeitig und in entsprechender Qualität beantragen“ der CDU-Fraktion erklärt Herr Oberbürgermeister Hilbert, dass es nicht erkennbar sei, warum dieser gemäß § 36 Abs. 5 SächsGemO ohne Einhaltung der Ladungsfrist behandelt werden soll. Ebenso verweist er auf den eingangs erwähnten Umgang mit dem Umfang der Sitzung.

Zum Antrag A0291/21 – „Impftaxis für Dresden – Unterstützung der Wahrnehmung von Corona-Impfterminen für Personen, die das 70. Lebensjahr vollendet haben“ der Fraktion DIE LINKE führt Herr Oberbürgermeister Hilbert aus, dass man aktuell mit dem DRK ein Impfzentrum in der Messe Dresden einrichte, welches ab 1. Dezember 2021 in Betrieb gehen werde. Der Freistaat Sachsen habe die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt. Laut Aussage des DRK, könne man durch zusätzliches Personal die Impfkapazitäten auf durchschnittlich 2.000 Impfungen pro Tag erhöhen. Ebenso werde das Anmeldeportal wieder aktiviert, um längere Wartezeiten vor Ort zu vermeiden. Mit Start des Terminsystems stehe auch wieder das Impftaxi für Dresdnerinnen und Dresdner über 70 Jahre zur Verfügung. Der dazu bereits gefasste Stadtratsbeschluss lasse es zu, dass keine neue Beschlussfassung erfolgen müsse.

Herr Stadtrat Schollbach begrüßt es, dass die erneute Aufnahme des Impftaxis für Dresdnerinnen und Dresdner über 70 erfolge.

Herr Stadtrat Drews beantragt die Überweisung des TOP 9 in den Ausschuss Umwelt und Kommunalwirtschaft (EB Friedhofs- und Bestattungswesen sowie EB Stadtentwässerung) sowie in den Ausschuss Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften. In der ursprünglichen Beratungsfolge war eine Beratung in den genannten Ausschüssen angedacht, welche aufgrund einer Verfahrensbeschleunigung nicht erfolgte. Eine fachliche Beurteilung zu diesem Antrag sei aus seiner Sicht dennoch wichtig.

Herr Stadtrat Lichdi dankt für die Information zum Impfzentrum. In diesem Zusammenhang fragt er nach, ob eine Priorisierung der zu impfenden Personen erfolgen werde.

Herr Stadtrat Böhm kann nicht nachvollziehen, dass der Eilantrag der CDU-Fraktion nicht zugelassen werde, obwohl die Antragsfrist für die Fördermittel schon Ende Januar 2022 ablaufe.

Herr Stadtrat Gilke gibt eine persönliche Erklärung ab und kritisiert die 3G Regelung im Stadtrat. Er bittet dies in Zukunft zu bedenken.

Herr Stadtrat Ladzinski bittet zu TOP 13 um Erklärung ob dieser vertagt oder ohne Debatte behandelt werde. Des Weiteren spricht er sich gegen eine Rücküberweisung des TOP 9, in die von Herrn Stadtrat Drews genannten Ausschüsse, aus. Ihm stelle sich die Frage, ob ein Eilantrag überhaupt an die Gremien zurücküberwiesen werden könne. Die Antragsfrist für die Umwidmung von Wegen laufe Ende des Jahres aus, sodass eine Beschlussfassung zwingend notwendig sei.

Herr Oberbürgermeister Hilbert erklärt, dass der TOP 13 ohne Debatte behandelt werde.

Herr Stadtrat Nitzsche stellt einen Antrag auf Rücküberweisung des TOP 14 in den Ausschuss für Bildung (EB Kindertageseinrichtungen) sowie in den Ausschuss für Finanzen. Mit der Beschlussfassung seien erhebliche Mehrkosten verbunden. In der Vorlage sei keine Deckung der Kosten ersichtlich.

Herr Stadtrat Schmelich widerspricht dem Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters zu TOP 10.1. Das Thema könne auf Grund seiner zentralen Bedeutung nicht in einem Ausschuss debattiert und beschlossen werden.

Herr Stadtrat Schulte-Wissermann zieht seine Wortmeldung zu TOP 16 zurück. Somit könne dieser ohne Debatte behandelt werden. Abstimmung: Gibt keinen Widerspruch und wird ohne Debatte behandelt.

Herr Stadtrat Lichdi widerspricht der Rücküberweisung des TOP 14. Das Thema wurde ausreichend und aus seiner Sicht sehr überzeugend im Ausschuss für Bildung (EB Kindertageseinrichtungen) unter anderem mit den Schulleiterinnen und Schulleitern erörtert.

Herr Oberbürgermeister Hilbert nimmt Bezug auf die Frage von Herrn Lichdi und teilt mit, dass keine Priorisierung der zu impfenden Personen erfolgen werde. Dennoch sei man sehr bemüht, für die vulnerablen Gruppen verstärkt Impfteams bereitzustellen, um die Booster Impfungen in den Pflegeeinrichtungen voran zu bringen.

Auf Grund der Rücknahme des Rederechtes von Herrn Schulte-Wissermann zu TOP 16 gibt **Herr Oberbürgermeister Hilbert** bekannt, dass dieser ebenfalls ohne Debatte behandelt werde.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Überweisung des TOP 10.1 in den Ausschuss für Gesundheit (EB Städtisches Klinikum) mit 58 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der Stadtrat stimmt der Rücküberweisung des TOP 9 in die Ausschüsse Umwelt und Kommunales sowie Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften mit 44 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat lehnt die Rücküberweisung des TOP 14 in den Ausschuss für Bildung (EB Kindertageseinrichtungen) mit 20 Ja-Stimmen, 47 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt der so geänderten TO mit 60 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

1 Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse

Herr **Oberbürgermeister Hilbert** gibt folgenden in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates vom 14. Oktober 2021 gefassten Beschluss bekannt:

- Zahlung einer befristeten Zulage an die kommissarischen Medizinischen Direktoren

2 Bericht des Oberbürgermeisters

entfällt

3 5. Einwohnerfragestunde

entfällt

4 Umbesetzung im Aufsichtsrat der Kommunale Immobilien Dresden GmbH & Co. KG

**A0275/21
beschließend**

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Umbesetzung im Aufsichtsrat der Kommunale Immobilien Dresden GmbH & Co. KG mit 60 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Stadtrat einigt sich, die Bestellung von Frau Heike Ahnert als Mitglied des Aufsichtsrates der Kommunale Immobilien Dresden GmbH & Co. KG zu widerrufen und gleichzeitig Herrn Mirko Göhler als neues Aufsichtsratsmitglied zu bestimmen. Die sonstige Besetzung des Aufsichtsrates bleibt unverändert

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 60 Nein 0 Enthaltung 4

5 Umbesetzung Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten)**Abstimmung:**

Der Stadtrat stimmt der Umbesetzung im Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten) mit 64 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

6 Tagesordnungspunkte ohne Debatte

Die Tagesordnungspunkte 11, 12, 13, 15 und 16 werden ohne Debatte behandelt.

7 Fortsetzung der Maßnahmen zur Belebung der Innenstadt im Rahmen der Sondernutzungssatzungen**A0269/21
beschließend**

Herr Stadtrat Dr. Schulte-Wissermann erklärt, dass der Antrag nur ein kleiner Baustein des Gesamten sei und begrüßt diesen. Er geht auf die Entstehung der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung ein und wie es zur Ersetzung des ursprünglichen Antrags gekommen sei, welchen er unterstützen werde.

Herr Stadtrat Kaden meint, in den nächsten Wochen müsse alles dafür getan werden, um den Bestand der ansässigen Unternehmen nicht zu gefährden und im Fortbestand zu unterstützen. Der heutige Beschluss sei ein wichtiger Beitrag hierfür, auch um Planungssicherheit zu schaffen. Er detailliert, welche Gebühren mit dem Beschluss erlassen werden sollen. Der Wegfall dieser Gebühren habe jedoch auch Einfluss auf den städtischen Haushalt. Die federführende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung werde von der CDU-Fraktion unterstützt.

Herr Stadtrat Schulze schließt sich den unterstützenden Worten an. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung ebenfalls zustimmen.

Herr Stadtrat Kießling informiert, dass es einen solchen Beschluss schon vor einem Jahr gegeben habe. In dem Beschluss sei eine Ermessensrichtlinie gefordert worden. Der Oberbürgermeister sollte der Verwaltung eine Handhabe geben, damit es eine Sicherheit gebe, einen Parkplatz als Außenplatz von Gastronomen nutzen zu können. Diese Ermessensrichtlinie sei von der Verwaltung nicht erarbeitet worden, da es wohl genügend Gesetze gebe, um dieses Ermessen auszuüben. Hierzu verweist er auf eine Internetseite der Stadtverwaltung, auf der die Kriterien hierfür stünden. Aus diesen könne man entnehmen, dass das Vorhaben nicht bzw. kaum möglich sei. Der Stadtrat müsse etwas dafür tun, dass der heute zu fassende Beschluss besser von der Verwaltung umgesetzt werde. Der Gebührenerlass sei für Unternehmen gut, trage jedoch nicht zur Belebung der Innenstadt bei, um auch die Umsätze zu steigern.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung mit 67 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Herr Stadtrat Kießling gibt eine persönliche Erklärung ab.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen der öffentlichen Straßen in Dresden (Sondernutzungssatzung) entsprechend Anlage 1.
2. Der Stadtrat beschließt die Änderung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen des öffentlichen Parkplatzes Pieschener Allee in Dresden (Sondernutzungssatzung Parkplatz Pieschener Allee) entsprechend Anlage 2.
3. Der Stadtrat beschließt, die Sondernutzung von Außenflächen gastronomischer Betriebe und des Einzelhandels auf Gehwegen, Plätzen und Pkw-Stellplätzen in der Nähe der Stätte der Leistung (bis zu 30 m) befristet bis zum 31. Oktober 2022 zur Verfügung zu stellen. Dies insbesondere in der Innenstadt sowie den Stadtteilzentren (z.B. Louisenstraße und der Kesselsdorfer Straße).
4. Der Stadtrat beschließt konsumtive Kürzungen im Ergebnishaushalt Kostenart 33210000, PSP-Element 10.100.54.9 Sondernutzungsgebühren (Mindererträge/-einzahlungen) für das Jahr 2022 in Höhe von 850.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 67 Nein 0 Enthaltung 0

Frau Stadträtin Caspary bringt den Ersetzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und begründet diesen. Sie beantragt eine punktweise Abstimmung des Ersetzungsantrags der Dissidenten-Fraktion.

Herr Stadtrat Dr. Schulte Wissermann stellt den Ersetzungsantrag der Dissidenten-Fraktion ein und erläutert diesen.

Herr Stadtrat Blödner erklärt, die FDP-Fraktion lehne den Antrag zum Stopp der Erhöhung der Fahrpreise ab. Die geplante Erhöhung sei aus ihrer Sicht in der Form und Höhe richtig und solle umgesetzt werden. Für die DVB AG sei die Fahrpreiserhöhung essentiell. Des Weiteren geht er auf die Expertenanhörung zur DVB AG ein, in der von mehreren Experten bestätigt worden sei, dass die Höhe der Fahrpreise und dessen Erhöhung für die Nutzung keine Auswirkungen habe. Die FDP-Fraktion wirbt um die Ablehnung der vorliegenden Ersetzungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Dissidenten-Fraktion und auch des Ursprungsantrages. Dem Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion werde man zustimmen.

Herr Stadtrat Genschmar erklärt, dass die Fraktion Freie Wähler dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. zustimmen werde und somit eine Erhöhung der Fahrpreise der DVB AG ablehnen.

Herr Stadtrat Böhm bemerkt, dass es für den Antrag der Fraktion DIE LINKE. keinen Deckungsvorschlag gebe. Die CDU-Fraktion werde dem Ersetzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Dissidenten-Fraktion nicht zustimmen. Die von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Variante sei auch die Vorzugsvariante der CDU-Fraktion. Herr Stadtrat Böhm verweist auf den Antrag A0284/21 der CDU-Fraktion, welcher in der Stadtratssitzung am 16. Dezember 2021 behandelt werde, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt werde, einen Finanzierungsvorschlag vorzulegen. Des Weiteren soll der Oberbürgermeister in seiner Entscheidung frei sein, wie er mit der Tarifgestaltung umgehe.

Herr Stadtrat Pinkert informiert, die AfD-Fraktion werde ebenfalls keiner Erhöhung der Fahrpreise zustimmen. Er erklärt, weshalb die AfD-Fraktion sowohl dem Ersetzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dem Ersetzungsantrag der Dissidenten-Fraktion als auch dem Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion ablehnen werde. Diese werden den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mittragen.

Herr Stadtrat Engel bringt den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion ein und erläutert diesen. Er beantragt eine punktweise Abstimmung des Ersetzungsantrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Stadtrat Lichdi erklärt, dass die Stadtverwaltung die Einnahmeausfälle 2020/2021 vom Bund ersetzt bekommen habe. Im Koalitionsvertrag stehe, dass die neue Bundesregierung auch die Einnahmeausfälle aus dem Jahr 2022 ersetzen wolle. Wenn jetzt eine Preiserhöhung der Fahrpreise beschlossen werde und damit die Einnahmen der DVB AG und VVO verbessern, dann mindere es unmittelbar die Gelder, die die Stadt vom Bund als Ausgleich für Fahreinnahmeausfällen bekomme. Allein das sollte den Stadtrat abhalten, der Preiserhöhung zuzustimmen. Des Weiteren müsse man sich dringend über eine dritte Finanzierungssäule für die DVB AG abstimmen.

Herr Stadtrat Matthis meint, man solle erst einmal abwarten welche Mittel für 2022 vom Bund an die Kommunen gezahlt werden. Er wirbt um Zustimmung für den Antrag der Fraktion DIE LINKE. und keine derzeitige Erhöhung der Fahrpreise. Des Weiteren beantragt er die punktweise Abstimmung aller Ersetzungsanträge Die Fraktion DIE LINKE. werde den Beschlusspunkten aus den Ersetzungsanträgen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, welche eine Zustimmung der Minimalvariante der Fahrpreiserhöhung beinhalten, ablehnen.

Herr Bürgermeister Kühn weist darauf hin, dass der Rettungsschirm vom Bund mit dem Tarif wachse. Es sei nicht so, wenn eine Tarifierhöhung beschlossen werde, dass die Mittel aus dem Rettungsschirm gegengerechnet werden. Für die Berechnung werden die Fahrgastausweise aus dem Jahr 2019 und die aktuellen Zahlen betrachtet.

Herr Oberbürgermeister Hilbert teilt dem Stadtrat mit, in welcher Reihenfolge er die Abstimmung aufrufen werde. Der Beschlusspunkt 1 des Ersetzungsantrags decke sich mit dem Beschlusspunkt 1 des ursprünglichen Antrags der Fraktion DIE LINKE. und müsse somit nicht separat abgestimmt werden.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Beschlusspunkt 1 des Ersetzungsantrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich ab.

Der Stadtrat lehnt den Beschlusspunkt 1 des Ersetzungsantrags der SPD-Fraktion mit 23 Ja-Stimmen, 45 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat lehnt den ursprünglichen Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit 31 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat lehnt den Beschlusspunkt 2 des Ersetzungsantrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 28 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat lehnt den Beschlusspunkt 3 des Ersetzungsantrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 27 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat lehnt den Beschlusspunkt 2 des Ersetzungsantrags der SPD-Fraktion mit 28 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat lehnt den Beschlusspunkt 2 des Ersetzungsantrags der Dissidenten-Fraktion mit 31 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Der Stadtrat lehnt den Beschlusspunkt 3 des Ersetzungsantrags der Dissidenten-Fraktion mit 32 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat lehnt den Beschlusspunkt 4 des Ersetzungsantrags der Dissidenten-Fraktion mit 32 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Herr Stadtrat Lichdi gibt eine persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten ab. Er habe in seinem Redebeitrag eine falsche Aussage getroffen, die Herr Bürgermeister Kühn richtig dargestellt habe. Der Zusammenhang sei ihm so nicht klar gewesen.

Beschluss:

Der Stadtrat lehnt den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

punktweise Ablehnung

9 Fahrradstraße am Kleinzschachwitzer Ufer

**A0266/21
beschließend**

Beschluss:

Verweisung

10 Vertagungen der Stadtratssitzung vom 14.10.2021

entfällt

10.1 Coronavirus weiter eindämmen – Niedriginzidenz-Strategie für Dresden

**A0242/21
beschließend**

Beschluss:

Verweisung

10.2 Wohngeldantrag digital einreichen

**A0248/21
beschließend**

Beschluss:

Vertagung durch Einreicher

10.3 Albertpark als Ort des Waldnaturschutzes, der Naturbildung und naturnahen Erholung weiterentwickeln**A0177/21
beschließend****Beschluss:**

Vertagung durch Einreicher

11 Annahme und Weiterleitung von eingegangenen Spenden für die Betroffenen der Unwetterkatastrophe im Juli 2021**V1151/21
beschließend****Abstimmung:**

Der Stadtrat stimmt der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen mit 63 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat erklärt die Zustimmung zur Annahme der auf dem Spendenkonto der Landeshauptstadt Dresden eingegangenen Spenden für die Opfer der Unwetterkatastrophe im Juli 2021.
2. Die gegenwärtige Spendensumme in Höhe von 387.235,53 Euro wird für drei Projekte eingesetzt. 150.000 Euro gehen an die Gemeinde Swisttal in Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung bei der Beseitigung der baulichen Schäden an der örtlichen Grundschule. Die Summe von bis zu 120.000,00 Euro (aktueller Stand: 87.235,53 Euro) wird für einen dringend benötigten Jugendtreff ebenfalls in Swisttal eingesetzt. 150.000 Euro erhält die Stadt Bad Münstereifel zur Wiederherstellung des zerstörten Bürgerbüros im Rathaus.
3. Die Gemeinde Swisttal und die Stadt Bad Münstereifel erhalten die Spenden mittels Zuwendungsbescheid und mit der Auflage, bis zum 31. Dezember 2022 den Nachweis der ordnungsgemäßen Verwendung dieser Spenden gegenüber der Landeshauptstadt Dresden zu erbringen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 63 Nein 0 Enthaltung 0

12 Wesentliche Änderung der TechnologieZentrum Dresden GmbH**V1152/21
beschließend****Abstimmung:**

Der Stadtrat stimmt der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen mit 64 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der wesentlichen Änderung der TechnologieZentrum Dresden GmbH aufgrund der Ausführung des Bauprojektes Doppelriegel und der damit verbundenen Erhöhung des Anlagevermögens um mehr als 20 Prozent wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

**13 Änderung des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Sportstätten
Dresden für das Wirtschaftsjahr 2022**

**V1155/21
beschließend**

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen mit 63 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebes Sportstätten Dresden wird festgesetzt

im Erfolgsplan mit Erträgen von	10.538.000 Euro
mit Aufwendungen von	22.329.000 Euro
und einem Verlust von	11.791.000 Euro

im Liquiditätsplan mit zahlungswirksamen Veränderungen der Finanzmittel von	-378.000 Euro
--	---------------

mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen u. Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung) von	18.600.000 Euro
---	-----------------

Der Höchstbetrag des Kassenkredites wird gemäß § 84 SächsGemO mit festgesetzt.	2.000.000 Euro
--	----------------

2. Mittel des Ergebnishaushaltes des Eigenbetriebes Sportstätten Dresden werden in Höhe von insgesamt 1.082.146 Euro in 2022 in den Finanzhaushalt zum Zwecke der Finanzierung von Entsorgungskosten für Altlasten beim Um- und Ausbau des Heinz-Steyer-Stadions umgegliedert.
3. Die in der Begründung angeführte Verteilung der zusätzlichen Mittel aus V0776/21 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 63 Nein 0 Enthaltung 0

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 14 | Schulartänderung der 151. Oberschule in die Schulart Gemeinschaftsschule sowie Schulartänderung der Universitätsgrundschule und der Universitätsoberschule in die Schulart Gemeinschaftsschule | V1113/21
beschließend |
|-----------|---|----------------------------------|

Herr Stadtrat Nitzsche teilt mit, dass die Fraktion Freie Wähler die Vorlage in der vorliegenden Form ablehnen werde. Er begründet die ablehnende Haltung seiner Fraktion damit, dass die Finanzierung unklar sei. Er macht deutlich, dass die Ablehnung dieses Projektes keine Ablehnung gegenüber des Projektes Gesamtschule an sich sei. Gesamtschulen können funktionieren, aber es sollte wohl durchdacht und gut finanziert sein.

Herr Stadtrat Dietze erklärt, dass hinter der Verwaltungsvorlage ein Wunsch der Elternschaft stehe. Damit habe man die Hoffnung auf mehr Bildungsgerechtigkeit, geringere soziale Selektion und mehr Entwicklungsfreiheit für die Kinder. Die Erweiterung der 151. Oberschule in die Schulart Gemeinschaftsschule sei eine gute Lösung, die vor allem zeitnah Entlastung bringen werde. Sorge bereite jedoch die Entwicklung der Kosten bei der Universitätsschule. Mit dem ausgehandelten Kostenrahmen sei hier, für die CDU-Fraktion eine Grenze erreicht die nicht überschritten werden dürfe. Er beantragt deshalb im Punkt 8 des Beschlussvorschlages folgende Ergänzung aufzunehmen: „Für die Planung der Gemeinschaftsschule in den Schulhäusern Cämmerwalder Straße 41 und Höckendorfer Weg 2 gilt der vorgesehene Kostenrahmen von 37 Mio. Euro.“ Er bittet um Zustimmung zum eingebrachten Ergänzungsantrag und so geänderten Vorlage.

Frau Stadträtin Scharnetzky sagt, es sei eine sehr wichtige und wegweisende Entscheidung, dass man heute zwei Gemeinschaftsschulen auf den Weg bringe. Sie erklärt, dass sich die Kosten hier nicht aus der Tatsache der Gemeinschaftsschule ergeben. Sie hofft, dass die Planungsleistungen, welche mit dem Beschluss verbunden sind, zügig von statten gehen.

Herr Stadtrat Breuer erklärt, dass die AfD-Fraktion der Schulartänderung der 151. Oberschule zustimmen werde. Hier sei das Konzept stimmig, welches vorliege. Beim Vorhaben Universitätsschule sehe man das anders. Es habe hier eine Kostenexplosion gegeben und glaube man, es sei mit den 37 Mio. Euro getan, mache man sich etwas vor. Man öffne hier ein Fass ohne Boden für eine Schulartänderung für welche kein Bedarf bestehe. Die AfD-Fraktion lehne deshalb die Schulartänderung der Universitätsschule ab. Er beantragt punktweise Abstimmung analog der Abstimmung im Bildungsausschuss.

Frau Stadträtin Apel geht detailliert auf die Profile der Beiden Schulen ein. Weiterhin sei es ganz klar, dass wenn mehr Schüler*innen eine Schule besuchen, dann auch mehr Geld benötigt werde. Man wolle, dass die Universitätsschule ihren Weg fortsetze. Deshalb werde die Fraktion DIE LINKE. beide Vorhaben unterstützen. Die Finanzierung halte sie für eine große Herausforderung. Man werde allen Punkten der federführenden Beschlussempfehlung und dem Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Herr Stadtrat Drews ist erfreut darüber, dass man heute den Beschluss über zwei Gemeinschaftsschulen schaffe. Er erläutert noch einmal die Vor- und Nachteile der Schulart Gemeinschaftsschule. Er sei der Meinung, dass man in allen Gremien eine breite und gute Diskussion geführt habe und die wichtigsten Fragen seien beantwortet. Auch die SPD-Fraktion werde dem Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen, damit habe man die besten Voraussetzungen zwei Gemeinschaftsschulen einzurichten. Er bittet um Zustimmung zu den vorliegenden Vorhaben.

Herr Stadtrat Fischer teilt mit, dass die FDP-Fraktion ebenfalls eine punktweise Abstimmung wolle. Er macht deutlich, dass die FDP-Fraktion für das Gesamtprojekt Gemeinschaftsschule sei. Er kritisiert, dass bei Vorstellung im Bildungsausschuss, bei der Universitätsschule kaum konkrete Vorstellungen aufgezeigt wurden. Bei dem Projekt Gemeinschaftsschule für die 151. Oberschule seien die Vorstellungen weitaus konkreter und besser gewesen. Aus diesem Grund werde die FDP-Fraktion den Punkten 2 bis 5 zustimmen, jedoch die Punkte 6 bis 9 ablehnen.

Herr Stadtrat Nitzsche geht noch einmal auf den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion und die finanziellen Auswirkungen ein.

Herr Stadtrat Dietze nimmt Bezug auf die Aussagen von Herrn Stadtrat Nitzsche.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion im Punkt 8 den Satz: „Für die Planung der Gemeinschaftsschule in den Schulhäusern Cämmerwalder Straße 41 und Höckendorfer Weg 2 gilt der vorgesehene Kostenrahmen von 37 Mio. Euro.“ zu ergänzen mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt dem Punkt 1 der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung (Eigenbetrieb Kita) mit 41 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt den Punkten 2 bis 5 der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung (Eigenbetrieb Kita) mit 59 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt den Punkten 6 bis 9 der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung (Eigenbetrieb Kita) mit Ergänzung des Punktes 8 mit 42 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt den Punkten 10 und 11 der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung (Eigenbetrieb Kita) mit 59 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Die Beschlusspunkte 2 bis 5 betreffen die 151. Oberschule, die Beschlusspunkte 6 bis 9 die Universitätsschule.

1. Der Stadtrat beschließt den Teilschulnetzplan Gemeinschaftsschulen Dresden entsprechend Anlage 1.
2. Der Stadtrat beschließt, die 151. Oberschule, Königsbrücker Straße 115, 01099 Dresden mit Beginn des Schuljahres 2022/2023 in die Schulart Gemeinschaftsschule zu ändern.
3. Die Schule erhält den Verwaltungsnamen „Gemeinschaftsschule Albertstadt“.
4. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der Schulstandort Königsbrücker Straße 115 als Inklusionsstandort zur Beschulung blinder Schülerinnen und Schüler qualifiziert werden soll.
5. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister bis 31. Dezember 2021 ein Standortentwicklungskonzept vorzulegen, welches unter Berücksichtigung des Schulkonzeptes die mittelfristig zu realisierenden räumlichen Anforderungen für den Betrieb der Gemeinschaftsschule beschreibt.
6. Der Stadtrat beschließt, die Universitätsgrundschule und die Universitätsoberschule, Cämmerswalder Straße 41, 01189 Dresden mit Beginn des Schuljahres 2022/2023 in die Schulart Gemeinschaftsschule zu ändern.
7. Die Schule erhält den Verwaltungsnamen „Universitätsgemeinschaftsschule“.
8. Der Stadtrat beschließt die weitere Planung einer baulichen Erweiterung der Gemeinschaftsschule Universitätsschule auf den Schulgrundstücken Cämmerswalder Straße 41 und Höckendorfer Weg 2 in 01189 Dresden. Für die Planung der Gemeinschaftsschule in den Schulhäusern Cämmerswalder Straße 41 und Höckendorfer Weg 2 gilt der vorgesehene Kostenrahmen von 37 Mio. Euro.
9. Bis zur baulichen Fertigstellung der Schulstandorte erfolgt eine entsprechend notwendige Erweiterung mit mobilen Raumeinheiten auf dem Schulstandort Cämmerswalder Straße 41.
10. Der Stadtrat empfiehlt, dass weitere Kooperationen zwischen der 151. Oberschule und den Grundschulen aus dem Dresdner Norden ermöglicht werden.
11. Der Stadtrat bittet den Oberbürgermeister, Gespräch hinsichtlich eines gemeinsamen Schulstandortes für den Einzugsbereich Ottendorf-Okrilla, Weixdorf, Wilschdorf, Langebrück, Schönborn sowie Boxdorf am Standort Ottendorf-Okrilla zu führen und bis zum 30. Juni 2022 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

punktweise Zustimmung

**15 Änderung Mietvertrag zwischen der Dresdner Philharmonie und
der Kommunalen Immobilien Dresden GmbH & Co. KG**

**V1079/21
beschließend**

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Tourismus (Eigenbetrieb Heinrich-Schütz-Konservatorium) mit 65 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt den vorliegenden Änderungen des Mietvertrages zwischen der Kommunale Immobilien Dresden GmbH & Co. KG und der Landeshauptstadt Dresden über die Anmietung gewerblicher Flächen für die Dresdner Philharmonie im Kulturpalast gemäß Anlage 1 und Anlage 2 zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 65 Nein 0 Enthaltung 0

**16 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 6039 - Dresden-Prohlis,
Drive In – Baumarkt Hornbach**

**V0991/21
beschließend**

hier:

1. Abwägungsbeschluss

**2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung und der
zusammenfassenden Erklärung nach § 10 a Abs. 1 BauGB zum
vorhabenbezogenen Bebauungsplan**

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften mit 49 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat prüft die während des Verfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan abgegebenen Stellungnahmen. Der Stadtrat beschließt über die Abwägung wie aus Anlage 1 ersichtlich.
2. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren geändert wurde, von einer erneuten öffentlichen Auslegung jedoch abgesehen werden kann.

3. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt wurde.
4. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass zwischen dem Vorhabenträger und der Landeshauptstadt Dresden der Durchführungsvertrag abgeschlossen wurde, in dem sich der Vorhabenträger zur Realisierung des Vorhabens und seiner Erschließung verpflichtet.
5. Der Stadtrat beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 6039, Dresden-Prohlis, Drive In – Hornbach Baumarkt in der Fassung vom April 2021, bestehend aus dem Vorhaben- und Erschließungsplan, der Planzeichnung mit Zeichenerklärung sowie textlichen Festsetzungen als Satzung und billigt die Begründung hierzu sowie die zusammenfassende Erklärung nach § 10 a Abs. 1 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 49 Nein 0 Enthaltung 16

17 Eine neue Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden

**A0262/21
beschließend**

Beschluss:

Vertagung

18 Anhörung zum Antrag A0234/21 „Modellprojekt zur legalen Abgabe von Cannabis“

**A0274/21
beschließend**

Beschluss:

Vertagung

19 E-Petition/Petition "Dresden soll sicherer Hafen werden!"

**P0091/21
beschließend**

Beschluss:

Vertagung

Dirk Hilbert

Manuela Gertig
Schriftführerin

Stadtrat/-rätin, OSR-/SBR-Mitglied

Stadtrat/-rätin, OSR-/SBR-Mitglied